

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 36

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/53

Biotonne

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen des Fragestellers: Laut Vorgabe der EU sind seit 2015 sind Bioabfälle aus dem Restmüll herauszuhalten. Den Bürgern ist die Möglichkeit der getrennten Entsorgung anzubieten. Dadurch sinkt die Restmüllmenge. Entsprechend sinkt auch die mengenmäßigen Erfordernisse an die Abfallwirtschaft im System Restmüll-Einsammeln, Transportieren und Verwerten. Logischerweise müssen die Gebühren „Restmüll“ dem geringeren Leistungsbedarf angepasst werden.

Von Aktivitäten der Landesregierung zur Umsetzung der Vorgabe und Einstellung auf die neuen Bedingungen ist uns wenig bekannt. Beginnend 2018 gibt es Maßnahmen der Landkreise zur schrittweisen Einführung einer sog. Biotonne, die freiwillig und gebührenfrei sein soll. Der Stand der Einführung ist unterschiedlich weit gediehen und unseres Wissens in noch keinem Landkreis abgeschlossen.

Getrennte Sammlung, Transport und Verwertung der Bioabfälle bedeuten die Einführung eines neuen, zusätzlichen Sammel- und Transportsystems, das - ähnlich wie die getrennte Sammlung von Papier, Glas und Verpackungen (grüner Punkt) - parallel zur Restmüllentsorgung zu betreiben und zu finanzieren ist. Die Finanzierung der Biotonne ist wegen der geringen Werthaltigkeit der biologisch verwertbaren Reststoffe wie Grünschnitt und Speisereste ein besonderes Problem. Für die Aufgabenbereiche Einsammeln und Transport gehen deshalb die Kreise üblicherweise den Weg der Quersubventionierung des Systems „Biotonne“ durch Gebührenüberschüsse bei der Restmüllentsorgung. Es werden also Einnahmeüberschüsse aus den Restmüllgebühren für die Finanzierung des Systems Biotonne verwendet, das jedoch von einem großen Teil der Gebührenzahler nicht in Anspruch genommen wird. Es ist zu prüfen, ob das rechtlich überhaupt zulässig ist.

Unter Berücksichtigung des heutigen uneinheitlichen Standes der Vorbereitung und Realisierung des System Biotonne in den einzelnen Landkreisen ergeben sich eine Vielzahl zu klärender Probleme.

Vorbemerkung der Landesregierung: Wie in der Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage Nr. 1278 (Drucksache 6/3226) ausgeführt, verpflichtet § 11 Abs. 1 Kreislaufwirtschaftsgesetz die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, Bioabfälle, die einer Überlassungspflicht an sie unterliegen, seit dem 1. Januar 2015 getrennt zu sammeln. Gartenabfälle werden bereits von allen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern im Land Brandenburg über zentrale Sammelsysteme, z. B. durch die Annahme an Wertstoffhöfen, und teilweise auch durch Holsysteme, z. B. Bänderolensammlung, erfasst. Die getrennte Erfassung der Nahrungs- und Küchenabfälle ist allein durch die Einführung der Biotonne sinnvoll zu erreichen. Zur Umsetzung der gesetzlichen Getrenntsammlungspflicht von Bioabfällen im Land Brandenburg hat die oberste Abfallwirtschaftsbehörde eine Bioabfallstrategie erarbeitet und im April 2014 veröffentlicht. Unter Berücksichtigung der Ausgangssituation und der spezifischen Bedingungen im Land Brandenburg sind in der Strategie konkrete Maßnahmen und Ziele vorgegeben, die neben der Erfüllung der rechtlichen Anforderungen vor allem auf die Schaffung nachhaltiger Entsorgungsstrukturen ausgerichtet sind. So hat das Angebot einer Biotonne zur getrennten Sammlung von Nahrungs- und Küchenabfällen seither deutlich zugenommen.

Die bei der Ausgestaltung des Entsorgungssystems zur Einrichtung eines flächendeckenden Biotonnenangebots erforderlichen satzungsrechtlichen Regelungen einschließlich des Gebührenmodells erfolgen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung in der Verantwortung des einzelnen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers auf Basis sowohl des Brandenburgischen Kommunalabgabengesetzes (KAG) als auch des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes (BbgAbfBodG).

Frage 1: Wie schätzt die Landesregierung den Stand der Vorbereitung und Realisierung eines getrennten Sammelsystems „Biotonne“ in den einzelnen Landkreisen ein?

Frage 2: Welcher Zeitpunkt ist seitens der Landesregierung vorgesehen, die Realisierung des Systems Biotonne landesweit abzuschließen?

zu den Fragen 1 und 2: Seit Veröffentlichung der Bioabfallstrategie des Landes Brandenburg im April 2014, welche die Rahmenbedingungen zur Erfüllung der Getrenntsammlungspflicht von Bioabfällen aus Haushaltungen gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz festlegt, konnten die über die Biotonne erfassten Bioabfälle von 3 Kilogramm je Einwohner (kg/E) im Jahr 2013 auf 13 kg/E im Jahr 2018 gesteigert werden. Zum jetzigen Zeitpunkt bieten 12 öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger den Haushalten eine Biotonne an. In den Gebieten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger Brandenburg an der Havel, Potsdam, Frankfurt (Oder), Havelland, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Barnim, Spree-Neiße, Märkisch-Oderland und dem Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster ist die Bioabfallsammlung mittels Biotonne flächendeckend als freiwillige oder Pflichttonne umgesetzt. In den Landkreisen Oder-Spree und Oberhavel wird das Biotonnenangebot jeweils in Teilgebieten im Rahmen von Modellversuchen vorgehalten. Ab dem kommenden Jahr wird den Bürgern der Stadt Cottbus ebenfalls eine Biotonne zur Verfügung stehen. Der Kommunale Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ plant die Einführung eines Modellversuches im Jahr 2023.

Zur Weiterführung der Umsetzung der gesetzlichen Pflicht der getrennten Bioabfallsammlung im Land Brandenburg werden im Zuge des aktuell fortzuschreibenden Abfallwirtschaftsplanes des Landes Brandenburg entsprechende Ziele und Maßnahmen aufgenommen. Aufgrund des fortlaufenden Prozesses kann ein Endzeitpunkt zur landesweiten Realisierung des Systems Biotonne seitens der Landesregierung derzeit nicht genannt werden.

Frage 3: Hat die Landesregierung die Absicht, landesweit die Finanzierung des Systems Biotonne als Quersubventionierung aus Einnahmeüberschüssen des Systems „Restmüllentsorgung“ zuzulassen?

Frage 5: Welche Alternativen zur Finanzierung des Systems Biotonne sind seitens der Landesregierung angedacht für den wahrscheinlichen Fall, dass gerichtlich festgestellt wird, dass die Quersubventionierung des Systems Biotonne aus Einnahmeüberschüssen des Systems Restabfallentsorgung grundsätzlich nicht oder nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zulässig ist?

zu den Fragen 3 und 5: Das Brandenburgische Abfallrecht enthält - insoweit ergänzend zum Kommunalen Abgabenrecht - eine spezielle Regelung zu Gebührensatzungen oder Entgelten öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (§ 9 BbgAbfBodG). Danach sind die abfallwirtschaftlichen Ziele bei der Ausgestaltung des Gebührenmaßstabs zu beachten (§ 9 Absatz 3 Satz 1 BbgAbfBodG). Außerdem sind die Gebührensysteme so zu gestalten, dass Anreize zur Vermeidung, Getrennthaltung und hochwertigen Verwertung von Abfällen entstehen. Dabei wird ausdrücklich klargestellt, dass es zulässig ist, verschiedene Abfallbewirtschaftungsteilleistungen über die Erhebung einer einheitlichen Gebühr - bezogen auf das Restmüllgefäß oder eine andere Bezugsgröße sowie einzelne mit einer Sondergebühr belegte Abfallbewirtschaftungsteilleistungen - anteilig über eine einheitliche Abfallgebühr abzurechnen. Hier können unterschiedliche Erfassungsformen innerhalb des Gebiets eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers berücksichtigt werden (§ 9 Absatz 3 Satz 2 BbgAbfBodG). Damit hat der Landesgesetzgeber die Quersubventionierung zugunsten der abfallrechtlich erwünschten Getrenntsammlung von Bioabfällen ausdrücklich für zulässig erklärt (s. a. die Begründung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes LT Drucksache 5/8031). Gerichte sind an Gesetz und Recht gebunden und müssen daher die zuvor genannten gesetzlichen Rahmenbedingungen bei Streitigkeiten um die Zulässigkeit einer Quersubventionierung der Biotonne zugrunde legen. Einer „Finanzierungsalternative“, wie sie die Fragestellung in Nummer 5 nahelegt, bedarf es daher nicht.

Frage 4: Hat die Landesregierung die Absicht, die Finanzierung des Systems Biotonne auch von denjenigen Bürgern zu fordern und zuzulassen, die das System nicht in Anspruch nehmen (beispielsweise etwa aufgrund Kompostierung im eigenen Garten)?

zu Frage 4: Wie in der Antwort zu Frage 7 der Kleinen Anfrage Nr. 1278 (Drucksache 6/3226) ausgeführt, erfolgt die konkrete Ausgestaltung des Entsorgungssystems zur Einrichtung eines flächendeckenden Biotonnenangebots und der dazu erforderlichen satzungsrechtlichen Regelungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung in der Verantwortung des einzelnen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Das gilt ebenso für die Ausgestaltung des Gebührenmodells, das sich nach § 6 KAG sowie § 9 BbgAbfBodG richten muss.

Frage 6: Welche Änderungen hält die Landesregierung im Umgang mit dem Restmüll, der keine biogenen Anteile mehr enthält, für erforderlich?

zu Frage 6: Die Einführung der Biotonne führt nicht dazu, dass dem Hausmüll sämtliche organischen Bestandteile entzogen werden. Trotz stetig steigender Bioabfallmengen ist keine Reduzierung des Hausmülls erkennbar. In der Tabelle 1 sind die seit Veröffentlichung der Bioabfallstrategie im Jahr 2014 spezifisch erfassten Bioabfallmengen über die Biotonne als auch die Hausmüllmengen auf Grundlage der jährlichen Siedlungsabfallbilanzen des Landes Brandenburg zu erkennen. Die Daten zu den jährlichen Siedlungsabfallbilanzen können der Broschüre „Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft“ entnommen werden und sind unter folgenden Link auf der Internetseite des MLUL abrufbar: <https://mlul.brandenburg.de/mlul/de/start/ueber-uns/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/detail/~01-11-2018-daten-und-informationen-zur-abfallwirtschaft>. Die hier für das Jahr 2018 dargestellten Mengen können der Broschüre „Daten und Informationen zur Abfallwirtschaft 2019“ mit der Siedlungsabfallbilanz für das Jahr 2018 entnommen werden, welche in Kürze veröffentlicht wird.

Tabelle 1: Über die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger jährlich in Kilogramm pro Einwohner (kg/E) erfassten Abfälle aus der Biotonne und Hausmüll in den Jahren 2014 bis 2019

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Biotonne (kg/E)	3	3	7	11	13
Hausmüll (kg/E)	139	138	137	138	136

Frage 7: Durch welche Verfahren soll die bisher als Standard vielerorts eingeführte „kalte Rote“ ersetzt werden?

zu Frage 7: Durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sind die insbesondere im EU-Abfallrecht, im Kreislaufwirtschaftsgesetz, im Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetz und in den untergesetzlichen Regelwerken enthaltenen Anforderungen an die Getrenntsammlung verschiedener Abfallströme (z. B. Bioabfälle, Glas, Papier, Elektroaltgeräte) umzusetzen. Auch zukünftig werden die nach Abtrennung der verschiedenen Wertstofffraktionen im Restabfall verbleibenden Bestandteile überwiegend - als Ersatzbrennstoff aufbereitet oder direkt - einer energetischen Verwertung zugeführt.